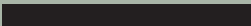


MARTIN SCHAFFNER

Furcht
vor dem



SCHWABE VERLAG





Martin Schaffner

Furcht vor dem Volk

Schwabe Verlag

Publiziert mit freundlicher Unterstützung der Bertha Hess-Cohn Stiftung,
Basel.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Schwabe Verlag, Schwabe Verlagsgruppe AG, Basel, Schweiz

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Das Werk einschliesslich seiner Teile darf ohne schriftliche
Genehmigung des Verlages in keiner Form reproduziert oder elektronisch verarbeitet, vervielfältigt,
zugänglich gemacht oder verbreitet werden.

Korrekturat: Andreas Schatzmann, Rudolfstetten

Umschlaggestaltung: icona basel gmbh, Basel

Layout: icona basel gmbh, Basel

Satz: 3w+p, Rimpar

Druck: blo.ch, Druckerei Bloch AG, CH-4144 Arlesheim

Printed in Switzerland

ISBN Printausgabe 978-3-7965-4003-5

ISBN eBook (PDF) 978-3-7965-4153-7

DOI 10.24894/978-3-7965-4153-7

Das eBook ist seitenidentisch mit der gedruckten Ausgabe und erlaubt Volltextsuche. Zudem sind
Inhaltsverzeichnis und Überschriften verlinkt.

rights@schwabe.ch

www.schwabe.ch

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung. «Volk» oder «Bürger»? Über die Macht der politischen Sprache	9
Furcht vor dem Volk?	23
Rousseau und Condorcet über das Volk in der Französischen Revolution	51
Direkte Demokratie. «Alles für das Volk – alles durch das Volk» ..	67
Krise der Demokratie – Krise der Demokratieggeschichte	107
Fragemethodik und Antwortspiel. Die Volksbefragung von Lord Devon in Skibbereen (Co. Cork), 10. September 1844	123
Ein Bürger in Not. Eine Fallgeschichte	153
Émile Zola und die Erfindung des Intellektuellen	165
Religion und Gewalt. Historiographische Verknüpfungen	175
Herkunftsnachweis	187

Vorwort

Warum zu diesem Buch greifen? Aus einem einfachen Grund. Weil es die These vertritt, dass die meisten Debatten über Demokratie von einer unausgesprochenen Furcht belastet sind, der Furcht vor dem «Volk». Was damit gemeint ist, führt das Einleitungssessay aus, das für diesen Band geschrieben wurde (««Volk» oder «Bürger»? Über die Macht der Sprache»). Drei weitere Essays verfolgen, wie das «Volk» sich in konkreten historischen Kontexten artikuliert und ins Spiel brachte, in der Französischen Revolution, im europäischen Revolutionsjahr 1848 und in der schweizerischen «Demokratischen Bewegung» der 1860er Jahre. Zwei Fallanalysen stellen dar, wie, warum und wozu die englische Regierung in den 1840er Jahren das irische «Kolonialvolk» befragte, und wie staatliche Instanzen in Basel 1894 mit einem aus dem Tritt geratenen Bürger verfahren. Zwei Beiträge sind historiographisch angelegt; sie thematisieren an je einem Beispiel Perspektiven und Sprachgewohnheiten der Geschichtsschreibung («Krise der Demokratie – Krise der Demokratiegeschichte» und «Religion und Gewalt. Historiographische Verknüpfungen»). Ein Essay schliesslich reflektiert über «Émile Zola und die Erfindung des Intellektuellen».

Die in diesem Band enthaltenen Essays sind mit Ausnahme der Einleitung in einem Zeitraum von zwanzig Jahren entstanden und bereits anderswo erschienen. Sie werden hier unverändert abgedruckt. Die Aufsätze reflektieren zum einen das Interesse des Verfassers für die Geschichte der Demokratie und zum andern das Anliegen, die sprachliche Dimension dieser Geschichte besser zu verstehen. Gleichzeitig plädieren sie für den Sinn, ja die Notwendigkeit einer historischen Dimension für jede Debatte über Demokratie. Weil es sich um wissenschaftliche Texte handelt, die für wissenschaftliche Medien geschrieben wurden, sind sie mit einem Anmerkungsapparat ausgestattet. Das könnte potenzielle Leserinnen und Leser abschrecken. Sie

seien beruhigt; die einzelnen Beiträge lesen sich bestens auch ohne die Anmerkungen.

Auch wenn ich sie nicht einzeln aufzählen kann: mein grosser Dank geht an die Kolleginnen und Freunde, die mich in der Arbeit an den Essays dieses Bandes während vieler Jahre durch Anteilnahme, Anregungen und Widerspruch begleitet haben. Einzelne von ihnen haben den Druck zudem grosszügig finanziell unterstützt. Die Möglichkeit, diese Publikation zu realisieren, verdanke ich ferner der Berta Hess Cohn Stiftung in Basel. Auch ihr danke ich für ihr Entgegenkommen.

Einleitung. «Volk» oder «Bürger»? Über die Macht der politischen Sprache

Die Demokratie europäischen Zuschnitts hat eine lange und komplizierte Geschichte. Doch die Erinnerung daran, dass sie einst unter spezifischen Umständen ausgedacht und in langwierigen Konflikten mit unsicherem Ausgang erstritten und durchgesetzt werden musste, ist inzwischen verblasst. Zwar sind die Leuchttürme der Demokratiegeschichte wie die «Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte» im Revolutionssommer von 1789 nicht vergessen. Aber ihre Beschwörung bleibt stereotyp, wirkt als Zitat aus einem historischen Wissenskanon. Geschichtliches Bewusstsein artikuliert sich anders; es scheut verkürzende Vereinfachungen, anerkennt die Komplexität historischer Prozesse, rechnet mit Gegenläufigkeiten, mit ihrer Unvorhersehbarkeit und weiss, dass vergangenes Geschehen die Gegenwart belasten kann. Unter diesen Prämissen erarbeitete historische Einsichten bilden eine Wissensressource, auf die eine Gesellschaft nicht verzichten kann, wenn sie «Demokratie» unter gewandelten ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen neu denken, entwerfen und erproben will.

Denn eines ist nicht zu übersehen: die Konflikte, mit denen die demokratische Ausgestaltung staatlicher Entscheidungsprozesse in Europa und Nordamerika einst verbunden war, wirken bis heute nach. Das zeigt sich z. B. in Deutschland und Frankreich, wo unter dem Druck so genannt populistischer Bewegungen zur Zeit heftig über das richtige Mass von politischer Partizipation der Bürgerinnen und Bürger debattiert wird. Die Symbolik von Demonstrationen und die Sprache von Manifesten sind stärker vergangenheitsgeprägt, als den Protagonisten meist bewusst ist. Das gilt auch und gera-

Ich bedanke mich für Kritik und Anregungen bei Caroline Arni (Basel), Andreas Bähr (Berlin), Fabian Brändle (Zürich) und Andreas Gross (St. Ursanne).

de für die Sprache, in der demokratische Grundsätze und Verfahren in der Vergangenheit und bis heute beschrieben und diskutiert werden.

So haben Begriffe wie «Volk», «Bürger» oder «Volkssouveränität» eine weit zurück reichende Bedeutungsgeschichte; ihr Gebrauch löst Assoziationsketten aus, die auf konkrete Personen, Ereignisse und Vorgänge verweisen. Das Wort «people» evoziert in Frankreich noch immer die Erinnerungen an die Aufstände und Barrikadenkämpfe im Paris des 19. Jahrhunderts, und in der Schweiz verband sich «Volk» bis vor kurzem mit den Gründungsmythen und ihrer Schillerschen Verklärung im Bild des «einig Volk von Brüdern». Man muss sich die Semantik dieser Schlüsselwörter der politischen Alltagssprache bewusst machen, ihre Bedeutung in den Konflikten des 19. Jahrhunderts reflektieren, wenn man sie verwenden und ihren gegenwärtigen Gebrauchswert bestimmen will. Wer heute ein zukunftsfähiges politisches Programm entwerfen will, darf nicht ungeprüft die Sprachregelungen des 19. oder 18. Jahrhunderts übernehmen, sonst läuft er oder sie Gefahr, eine gegenwartsbezogene Agenda zu verfehlen oder nicht wirksam kommunizieren zu können, mit gravierenden Folgen. Der englische Historiker Gareth Stedman-Jones hat gezeigt, dass die Demokratiebewegung der Chartisten (1839–1848) unter anderem daran scheiterte, dass sie ihre Postulate in der Sprache der Radikalen des 18. Jahrhunderts artikulierte. Denn inzwischen hatte sich die Gesellschaft im ersten Industrialisierungsschub transformiert, und die Rhetorik der 1790er Jahre erreichte sie nicht mehr.¹ Ähnliche Erfahrungen machten im Pariser Aufstand der Commune von 1871 jene Communards, die sich noch immer der jakobinischen Rhetorik aus der Zeit der Revolution von 1789–1794 bedienten.

Es ist deshalb nötig, die politische Sprache zu historisieren, um Ausdrücke wie «Volk», «Bürger» oder «Volkssouveränität» von dem semantischen Ballast zu befreien, mit dem sie befrachtet sind. Denn dieser nimmt ihnen ihre einst starke emanzipatorische Kraft. Historisierung der Sprache meint, einem Begriff, seiner Semantik und Pragmatik im konkreten Kontext von

1 Gareth Stedman Jones, *Rethinking Chartism*, in: ders., *Languages of Class: Studies in English Working Class History, 1832–1982*, Cambridge 1983, 90–178; dt. in: Peter Schöttler (Hg.), *Klassen, Politik und Sprache. Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte*, Münster 1988.

Konflikten der Vergangenheit nachzuspüren. Dieses Verfahren geht von der ebenso einfachen wie grundlegenden Einsicht von der Geschichtlichkeit der Sprache aus, läuft also gerade nicht darauf hinaus, nach ursprünglichen, gleichsam immobilen Bedeutungskernen zu suchen, sondern stellt im Gegenteil die der Sprache eigene Plastizität in Rechnung. Die intellektuelle Vergegenwärtigung der Geschichte von Demokratie (und Menschenrechten), die damit gefordert wird, verfolgt keinen Zweck an sich, sondern versteht sich als unverzichtbaren Schritt in einer weit umfassenderen Anstrengung, die traditionellen europäischen Demokratiemodelle, ihren sozialen Sinn, politischen Wert und besonders ihre Sprache in die Gegenwart zu übertragen, in der Hoffnung, sie so zukunftsfähig zu machen.

Kein Nachdenken über Demokratie und ihre Geschichte kommt um die Figur des Volkes herum. Wie das Volk beschrieben, gedacht, bewertet, kurz: als Gestalt konzipiert wird, daran entscheidet sich, welche Richtung der Demokratiediskurs einschlägt. Zwar ist in Publikationen und tagespolitischen Stellungnahmen auch von «Bürgerinnen» oder «Bürgern» die Rede,² aber diese hat in keiner Weise den Gebrauch von «Volk», «people» oder «peuple» verdrängt.³

Dass der Gebrauch von «Volk» in der politischen Rhetorik nach wie vor unbestritten erscheint, erklärt sich zum einen mit der jahrhundertelangen, ungebrochenen Geschichte seiner Verwendung in politischen Konflikten. Zum andern ist es seine Vieldeutigkeit, die das Wort für viele Zusammenhänge brauchbar macht. «Volk» zirkuliert auf einem Feld von grosser semantischer Breite und nimmt in unterschiedlichen Kontexten immer neue Bedeutungsvarianten an. Es sind ihre Langlebigkeit und Plastizität, denen die Figur des Volkes ihren bis heute wirksamen Wert als diskursives Instrument verdankt.

In der archaischen Zeit Griechenlands bezeichnete «*demos*» so unterschiedliche Realitätsaspekte wie «das Territorium und die Gemeinschaft, die

2 Harald Schumann, Gesetzgebung in der Blackbox: Wie demokratisch ist die EU?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2019, 41–51.

3 Laurent Bouvet, *Le sens du peuple. La gauche, la démocratie, le populisme*, Paris 2012, 269–296.

es besiedelt» oder «die Gruppe derjenigen, die an den kollektiven Entscheidungen partizipieren».⁴ Bereits hier ist die Ambivalenz angelegt, welche die politische Rede vom Volk nie mehr verloren hat: «L’histoire des premières démocraties est ainsi marquée par cette ambivalence originelle: *demos* est à la fois la communauté dans toute son unité et toute sa force, mais aussi la masse sans véritable capacité politique, sujette à tous les emportements et toutes les manipulations».⁵ Die Berufung auf das Volk als politischen Akteur erweist sich angesichts der ihr inhärenten Widersprüchlichkeit von allem Anfang der politischen Sprache an als problematisch.

Mehrdeutigkeit und Ambivalenzen ergeben sich auch, wenn in Texten aus der Römischen Republik das Volk evoziert wird. In Formulierungen von Cicero meint «*populus*» einerseits die Gesamtheit der römischen Bürger und andererseits das gemeine Volk, gilt dieser zum einen als ein staatsrechtlicher Begriff, der die Legitimität der politischen Institutionen begründet, und gleichzeitig als Masse, welche die politische Ordnung bedroht. Im berühmten Gespräch mit Scipio, in dem die Vorzüge und Nachteile der verschiedenen Staatsformen gegeneinander abgewogen werden, wird die Gegenläufigkeit der Semantiken von «*populus*» klar ausgesprochen: «Sie sagen aber, man solle nicht wegen des fehlerhaften Verhaltens eines zügellosen Volkes die Staatsform der freien Volksherrschaft in Bausch und Bogen verwerfen: Wenn das Volk einig sei und alles auf die eigene Sicherheit und Freiheit beziehe, so sei keine andere Verfassung beständiger, keine widerstandsfähiger (*De re publica* I, 32)».⁶ Als Warnung davor, was die «uneingeschränkte Herrschaft des Volkes» durch «zügellose Raserei des Pöbels (*multitudinis*)» anrichten könne, wird an das Schicksal Athens erinnert (I, 28).⁷

Diese Formulierungen aus lange zurückliegenden Zeiten lesen sich wie eine Matrix, welche seither der politischen Sprache ihren Raum vorgibt. «Einheit des Volkes», «Sicherheit und Freiheit des Volkes» und «Volksherrschaft» erscheinen als drei aufeinander bezogene Dimensionen, welche die

4 Marie-Joséphine Werlings, *Le demos avant la démocratie. Mots, concepts, réalités historiques*, Paris 2010, 267–289.

5 Ebd., 289.

6 Marcus Tullius Cicero, *De re publica/Vom Staat*. Lateinisch/Deutsch, übersetzt und herausgegeben von Michael von Albrecht, Stuttgart 2013, 64–65.

7 Ebd., 64–65.

jeweiligen Theorien über die Beziehungen zwischen den Kontrahenten der politischen Herrschaft konfigurieren. An oberster Stelle steht die Einheit des Volkes, die Cicero auf die Formel der «*utilitatis communio*» bringt: die Gemeinsamkeit der Interessen.⁸ Diese dürfen die Entscheidungsträger nie aus den Augen verlieren, sonst entsteht «etwas höchst schädliches, nämlich Aufstand und Zwietracht (*rem perniciosissimam ... seditionem atque discordiam*)». Das heisst nichts anderes, als dass «die Pluralität der Einheit untergeordnet wird».⁹

«Einheit» («*unité*») gibt im 17. und 18. Jahrhundert auch in der Sprache französischer Juristen und Philosophen eine Argumentationslinie vor. Einheit ist das Signum der absolut-monarchischen Herrschaftsordnung, welche den Souverän und die Gesamtheit der Untertanen unauflöslich miteinander verbindet. Die Rhetorik der absolutistischen Herrschaft, welche die französische Monarchie zu installieren trachtete, legitimiert den Machtanspruch der Krone als Element der göttlichen Weltordnung und begründet diesen mit der politischen und sozialen Instabilität, die das Königreich Frankreich bedrohe. In diesem Tableau hat das Volk keinen Platz als Träger legitimer eigener Interessen, sondern gilt als potenziell destruktives Element, jederzeit bereit zum Aufstand (*sédition*) gegen die Staatsgewalt und damit zur Zerstörung der gottgewollten vollkommenen Einheit von Monarch und Untertanen. «*Peuple*» und «*sédition*» gehen eine semantische Verbindung ein, was es ermöglicht, das Volk als Ungeheuer darzustellen: «*une peste, qui a plus de têtes que l'Hydre des Poètes*».¹⁰ Das Volk (*peuple*) erhält sein eigenes Bestiarium: «*Il faut les (d. h. les peuples) comparer à des mulets*». Es wird abqualifiziert als «*bête féroce*», als «*populace ... qu'aurait été obligé de les exterminer comme des bêtes féroces*».¹¹

Unmissverständlich reflektiert die Rhetorik dieser Zitate die schweren inneren Konflikte, welche die französische Historiographie als Religionskrie-

8 Claudia Moatti, *Res publica. Histoire romaine de la chose publique*, Paris 2018, 193–194

9 Ebd., 194.

10 Gérard Fritz, *L'idée de peuple en France du XVII au XIXe siècle*, Strasbourg 1988, 9.

11 Es handelt sich um zeitgenössische Formulierungen. Ebd., 9, 15.

ge kategorisiert hat.¹² In ihrer Heftigkeit spricht sie auf sehr präzise Weise, aber ohne sie zu benennen, die Furcht an, die das Volk zu erregen vermag.

Man darf sich die politische Sprache nicht als festgefügtten Korpus von Begriffen, Semantiken und Aussageweisen vorstellen, der sich über Jahrhunderte nur wenig verändert hätte. Vielmehr muss man sie als ein dynamisches System von Aussagemöglichkeiten verstehen, die den Kontrahenten in je spezifischen Handlungskontexten und unterschiedlichen medialen Bedingungen zur Verfügung stehen. Anders gesagt: der Einsatz bestimmter rhetorischer Mittel reflektiert konkrete Machtverhältnisse, Konfliktlagen und Mediensysteme. Ciceros Formulierungen in *De re publica* beziehen sich implizit, wenn auch unüberhörbar auf die brutalen Machtkämpfe, in denen die römische Republik unterging und von der Herrschaftsform des Prinzipats abgelöst wurde, ein Prozess, in den Cicero verwickelt war und den er gleichzeitig reflektierte.¹³ Gefordert ist darum immer eine Mehrfachlektüre der Texte, in denen «das Volk» und seine Macht beschrieben werden. Eine erste Lesestrategie muss auf die Sprachlichkeit, auf Rhetorik und Semantik, gerichtet sein, eine zweite auf die Suche nach den Spuren, welche Machtverhältnisse und Konflikte in ihr hinterlassen haben. Eine dritte Leseweise besteht in der schwierigen Suche nach dem, was zwischen den Zeilen steht, was mitgedacht und mitgemeint, aber nicht ausdividiert, was ausgespart wird. Dazu gehört auch das Aufspüren von Effekten, die nicht intendiert sind, sich aber dennoch einstellen. So muss die Heftigkeit der oben zitierten Formulierungen, ihre semantische Schärfe, zu denken geben. Sie ist ein sicheres Indiz für die Omnipräsenz der Furcht, die mit der Evokation von «Volk» verbunden ist, auch wenn dies in den Texten auf paradoxe Weise ausgespart bleibt.

Mit «Furcht vor dem Volk» steht hier nicht eine Emotion zur Diskussion, sondern ein sprachlicher Ausdruck, d. h. die historisch-kulturelle Seman-

12 Martin Schaffner, Religion und Gewalt. Historiographische Verknüpfungen, in: Kaspar von Greyerz/Kim Siebenhüner (Hgg.), Religion und Gewalt, Göttingen 2006, 29–37, unten abgedruckt, 85–95.

13 Vgl. dazu: Wolfgang Schuller, Cicero oder der letzte Kampf um die Republik. Eine Biographie, München 2013.

tik einer Wortverbindung. Einem anregenden Ansatz des deutschen Historikers Andreas Bähr folgend, ist hier nicht die Frage, welche Gefühlsmomente sich mit dieser eingestellt haben mögen, sondern was für eine Furchtsemantik die Kombination mit Volk in bestimmten politischen Kontexten hervorgebracht hat.¹⁴ Nicht um eine psychische Dynamik geht es damit, sondern um die diskursive Verknüpfung von «Volk» und «Furcht» und um die politische Wirkungsmacht, die sie haben mochte. Welche semantischen Verschiebungen waren am Werk, wenn dem Volk ein Furcht erregendes Potenzial zugeschrieben wurde, so dass es als ambivalenter politischer Akteur dauerhaft diskreditiert blieb? Dieser Frage gehe ich im Folgenden an einem Beispiel nach.

1864 erschien in Brüssel ein Buch mit dem Titel *Dialogue aux enfers*, das Werk eines anonymen Verfassers. Dieser, ein französischer Advokat namens Maurice Joly, war als Gegner des Staatschefs Napoleon III. bekannt und musste sich vor Repression schützen.¹⁵ Das Buch ist inzwischen in Vergessenheit geraten, über seinen Verfasser ist wenig bekannt, und die Gattung des Totengesprächs ist ein Fremdkörper geworden. Dass sich die Lektüre dieses Textes dennoch lohnt, liegt an seiner stilistischen Qualität und an der Klarheit von Jolys Analysen.

Dezidiert bringt Jolys Traktat die Grundfragen von Herrschaft und Macht zur Sprache, welche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den europäischen Nationalstaaten, darunter der Schweiz, heftig diskutiert wurden. Es ging um das Verhältnis von Staatsgewalt und Recht, um den Gegensatz von autoritären und demokratisch verfassten Staatsordnungen und nicht zuletzt um die Rolle des «Volkes», das mit der Französischen Revolution die politische Bühne betreten hatte und sich von dort nicht mehr vertreiben liess.

¹⁴ Andreas Bähr, Die Furcht der Frühen Neuzeit. Paradigmen, Hintergründe und Perspektiven einer Kontroverse, in: Historische Anthropologie. Kultur – Gesellschaft – Alltag 16, 2008, 291–309.

¹⁵ *Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu ou la politique de Machiavel au XIXe siècle*, par un contemporain, Bruxelles 1864. Hier zitiert nach: Maurice Joly, *Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu*. Préface de Jean-François Revel, Paris 1968.

In Jolys *Dialogue* begegnen sich in der Unterwelt Machiavelli und Montesquieu und führen ein langes, in 24 Abschnitte gegliedertes Streitgespräch. Sie debattieren über politische Herrschaft, über die Handhabung von Macht und über Demokratie. Zwei diametral entgegengesetzte Auffassungen prallen aufeinander. Machiavelli erklärt Montesquieu die Techniken der Machtergreifung und der Machtausübung, die ein Herrscher rigoros anwenden müsse. Montesquieu dagegen argumentiert für eine Staatsordnung, welche die Rechte der Bürger garantiert und schützt und sie in angemessener Weise an den politischen Entscheidungen beteiligt.

Im neunten Dialog erörtert Machiavelli, welche Rolle das Volk in dem von ihm propagierten Staat spielt. Er führt aus, dass er als Herrscher das Instrument der Volksabstimmung zur Machtergreifung zu nutzen gedenke: «Je ferai d'abord ratifier par le vote populaire le coup de force que j'ai accompli contre l'État». Das ist leichter zu erreichen, als es scheint: «Je dirai au peuple, dans les termes qui conviendront: <Tout marchait mal; j'ai tout brisé, je vous ai sauvé, voulez-vous de moi?>» Diese Strategie wird erfolgreich sein, denn es gelte: «Tout peut se faire en politique, à la condition de flatter les préjugés publics et de garder du respect pour les apparences». ¹⁶ So werde das Volk die Grundlage der Regierung bilden.

Dass mit diesen Formulierungen nur Napoleon III. gemeint sein konnte, war für die Leser von Jolys Schrift evident. Schliesslich war es Louis-Napoléon gewesen, der 1851 einen Staatsstreich durchgeführt und seine Machtergreifung durch ein Plebiszit hatte sanktionieren lassen. Auch die Grundsätze der Verfassung, mit der er regieren wollte, waren einer Volksabstimmung unterbreitet und mit grosser Mehrheit angenommen worden. Hier artikuliert der überzeugte Republikaner Joly seine Kritik am autoritären politischen System des Second Empire.

Doch Jolys Text weist über diesen Horizont hinaus. Seine Analyse liest sich wie ein Kompendium der Herrschaftstechniken für moderne Alleinherrscher: Manipulation der Wahlen, Entmachtung des Parlaments, Instrumentalisierung der Justiz, Aufbau eines effizienten Polizeiapparates, Einschränkung der Pressefreiheit, und all dies unter Berufung auf die Ermächtigung durch das Volk.

16 Ebd., 77–78.

In seinem Traktat setzt Joly durch die Rede Machiavellis das Volk in ein anderes Licht, als es die Schriften radikaler Autoren der Jahrhundertmitte getan hatten.¹⁷ Denn anders als dort tritt das Volk nicht als Agent des politischen Fortschritts auf, personifiziert es nicht die Dynamik einer unaufhaltsamen sozialen Bewegung. Vielmehr erscheint es als eine amorphe Masse ohne Eigenbewegung. Schlimmer noch: als ein manipulierbarer Körper, der sich jedem andient, der ihn zu verführen versteht. In einer semantischen Kehrtwende wird aus dem revolutionären Akteur ein willfähiges Objekt von Machtinteressen. Mit dieser Umdeutung lag Joly im Trend, denn nur wenige Jahrzehnte später publizierte Gustave Le Bon sein berühmt gewordenes Buch *Psychologie des foules* (1895). Nun war Joly aber Republikaner und ein Kritiker des Kaiserreichs, ein Demokrat, der sich exponierte und dafür ins Gefängnis musste. Welchen Sinn konnte seine schonungslose Umdeutung der Figur des Volkes haben?

Zur Beantwortung dieser Frage muss man in seinen Formulierungen danach suchen, was auf paradoxe Weise nicht ausgesprochen, aber dennoch mitgemeint ist. Mit seinem Appell an gut gesinnte Demokraten, das Volk nicht zum revolutionären Subjekt zu stilisieren, es nicht zu mythifizieren, folgt Joly einer bereits seit langem angelegten semantischen Spur. Denn zwischen den Zeilen erscheint auch bei ihm das Gespenst der Furcht erregenden Bedrohung, die vom Volk ausgeht. Nur erscheint diese nicht als destruktive Kraft, welche die soziale Ordnung bedroht, sondern als Furcht vor der grenzenlosen Manipulationsanfälligkeit des Volkes, das jederzeit bereit ist, den raffinierten Strategien der Mächtigen nachzugeben. In Jolys Traktat wechselt das Volk gleichsam die Seiten; statt der Exponenten autoritärer Herrschaft waren es jetzt die Demokraten, welche das Volk zu fürchten hatten.

Semantische Verschiebungen wie die Umpolung der Furchtsemantik vollziehen sich nicht im luftleeren Raum, sondern zeigen sehr genau realhistorische Vorgänge an, wie sich an der Geschichte von Jolys Text ablesen lässt. Der *Dialogue* erschien zu einem Zeitpunkt, als die Herrschaft Napoleons III. zunehmend angefochten wurde, und sich sogar unter den Sympathisanten des Regimes Unzufriedenheit breit machte. In den Wahlen von 1863 stimm-

17 Pierre Rosanvallon, *Le peuple introuvable. Histoire de la représentation démocratique en France*, Paris 1998, 57–63.

ten 5 Millionen Bürger für die Regierungspartei und 2 Millionen für verschiedene Oppositionsparteien; neu gehörten dem «Corps législatif» 15 «Unabhängige» und 17 Republikaner an. Zum Erfolg der Opposition hatte beigetragen, dass sich die Arbeiterbewegung zu mobilisieren begann, Produktions- und Konsumgenossenschaften gründete, Streiks organisierte und sich jetzt auch an den Wahlen beteiligt hatte. Die Risse im System des Second Empire vertieften sich, und nach dem Angriff preussischer Truppen 1870 fiel es in sich zusammen. Jolys Traktat erschien also zu einem Zeitpunkt, da sich die Schwäche des Bonapartismus deutlich abzeichnete; zweifellos hatte die Regierung ein Interesse daran, den streitbaren und eloquenten Republikaner zum Schweigen zu bringen.

Die politische Instabilität war das Korrelat einer komplexen Gemengelage, in der sich politische Verhältnisse, wirtschaftliche Prozesse und gesellschaftlicher Wandel verschränkten. Nach 1850 durchlief Frankreich einen markanten Strukturwandel, geprägt durch die Transformation der Wirtschaft, Migrationsbewegungen und Urbanisierung, durch das Aufkommen von Massenmedien, die Popularisierung von wissenschaftlichem und technischem Wissen. Im Kontext dieser potenziell und real konflikthafter Prozesse verschoben sich Diskurse, Wahrnehmungsweisen und Denkgewohnheiten. Die Figur des Volkes nahm eine andere Gestalt an und damit die Furcht, die es erzeugte, und die Bedrohung, die von ihm ausging.

Die Formulierungen des französischen Republikaners von 1864 sind heute, über 150 Jahre später, aktueller, als es scheinen mag. Jolys Einsicht, dass ein politisches System Elemente kombinieren konnte, die sich auszuschliessen scheinen, nämlich autoritäre Herrschaft und Plebiszite, muss uns nach wie vor zu denken geben. Die Einschränkung der politischen Debatte, die Missachtung oder Verhöhnung des Rechts, die Manipulation der öffentlichen Meinung, die Diffamierung des politischen Gegners, alles unter Berufung auf das «Volk», sind im übrigen keine Besonderheiten des autoritären Staates, wie ihn Joly im Second Empire vor Augen hatte. Diese Gefahren bedrohen auch etablierte Demokratien, jene nicht ausgeschlossen, die sich auf eine lange und stolze Vergangenheit berufen und als gefestigt gelten.

Die Furcht, die sich einstellt, wenn das Volk als Leitfigur des Demokratieverständnisses installiert wird, belastet jedes Plädoyer für die Einführung oder Ausweitung von demokratischer Partizipation. Wer diese Schwierigkeit ver-